

Herr Andreas Apsel
Frau Sonja Baumhauer
Herr Martin Frömmer
Frau Andrea Griese-Pelikan
Herr Peter Heimann
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Dietmar Marx
Frau Sabine Noll
Herr Thomas Waters

Schriftführerin

Frau Anke Bitsch

es fehlen entschuldigt

Herr Tim Brühland
Herr Werner Goller
Herr Torsten Kinzel
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz
Herr Holger Radenbach
Herr Benedikt Reich

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
4. Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung (SEP) IX/0326
5. Folgerungen aus der Kindergartenbedarfsplanung IX/0320
6. Abschluss einer neuen Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Rattenbekämpfung mit dem Kreis Mettmann ab dem 01.01.2016 IX/0309
7. Gesellschaftsvertrag der Bildung³ gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein IX/0351
8. Mündliche Mitteilungen
9. Mündliche Anfragen
- 9.1. Parkplatz des ehemaligen Krankenhauses

SITZUNGSERGEBNIS:

Öffentliche Sitzung:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Protokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift vom 05.03.2015 zur Kenntnis.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

**4 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung (SEP)
Vorlage: IX/0326**

Protokoll:

Der Bürgermeister weist auf die per Schreiben vom 04.05.2015 korrigierte Fassung der Seite 38 der Schulentwicklungsplanung hin.

Der Sprecher der CDU-Fraktion beantragt im Namen seiner Fraktion über die folgenden Punkte abzustimmen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, verlässliche Zahlen für KiTa und Schule vorzulegen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Konzepte (Instrumente zur Steuerung) zu entwerfen, die die Unterbringung der Monheimer Kinder in den städtischen Einrichtungen sicherstellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Prioritätenliste zu entwerfen, nach der Plätze in Monheimer Kindertagesstätten an auswärtige Kinder vergeben werden.

Der Bürgermeister schlägt vor, bei diesem Tagesordnungspunkt den Antrag in Bezug auf die Schulen zu beraten und die Diskussion hinsichtlich der Kindertagesstätten bei Tagesordnungspunkt 5 aufzunehmen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Inhaltlich sei der Antrag nicht nachvollziehbar, erläutert der Bürgermeister. Verlässliche Zahlen und Grundlagen lägen in Form der Schulentwicklungsplanung vor. Dass heute von anderen Prognosen ausgegangen worden sei, als noch vor einigen Jahren, begründe sich darin, dass bei der Gründung der Sekundarschule prognostiziert worden sei, dass die Salden von auswärtigen Schülern die in Monheim am Rhein Schulen besuchen und Monheimer Schüler die auswärtige Schulen besuchen konstant bleiben würden. Tatsächlich sei jedoch der Fall eingetreten, dass die neue Sekundarschule sehr attraktiv sei und dadurch weniger Monheimer Schüler auswärtige Schulen besuchen und andererseits mehr auswärtige Schüler Monheimer Schulen besuchen würden. Auf diese Situation sei mit der vorliegenden Schulentwicklungsplanung reagiert worden. Hierbei sei jedoch nicht Ziel, die auswärtigen Kinder fern zu halten. Auch nach Aussage der Schulleitungen handele es sich bei den auswärtigen Kindern überwiegend um leistungsstarke Kinder, die sehr erwünscht seien. Dies stärke die Lerngruppen an den Monheimer Schulen. Die vorliegende Schulentwicklungsplanung reagiere auf diese Situation und sei sehr zukunftsorientiert. Daher sei auch Ziffer 2 des gestellten Antrages entbehrlich.

Der Sprecher der CDU-Fraktion betont, dass nichts dagegen einzuwenden sei, wenn ortsfremde Kinder in Monheim beschult würden. Jedoch könne das nur dann erfolgen, sofern alle Monheimer Kinder dahingehend versorgt seien, dass deren Anmeldungen berücksichtigt worden seien.

Die Ausführungen des Bürgermeisters würden seitens der PETO-Fraktion vollumfänglich unterstützt, so deren Sprecherin. Es sei nochmals zu betonen, dass die vorliegenden Zahlen höchst aktuell und fachkundig ermittelt seien. Ziffer 2 des Antrages der CDU-Fraktion werde durch die hier vorliegende Schulentwicklungsplanung erfüllt. Dass gelegentlich Monheimer Kinder nicht an dem gewünschten Standort untergebracht werden könnten, wäre durchaus möglich. Dies sei jedoch nicht zu verhindern, da nicht jahrgangsspezifisch die entsprechenden Grundschulen oder Kindertageseinrichtungen in ihrer Kapazität verändert werden könnten. Wichtig sei jedoch in erster Linie, dass die qualitativen Standards an allen Standorten gleich hoch seien, um so jedem Kind die gleichen Chancen auf Bildung zu garantieren.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass seine Fraktion die Schulentwicklungsplanung für plausibel und nachvollziehbar halte. Gleichwohl gelte es, ein besonderes Augenmerk auf den Umgang mit auswärtigen Kindern an Monheimer Schulen zu legen.

Der Bürgermeister stellt die Ziffern 1 und 2 des Antrages der CDU-Fraktion in Bezug auf Schulen zur Abstimmung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, verlässliche Zahlen für Schule vorzulegen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Konzepte (Instrumente zur Steuerung) zu entwerfen, die die Unterbringung der Monheimer Kinder in den städtischen Schulen sicherstellen.

mehrheitlich abgelehnt (dafür: 3 CDU, enthalten: 1 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Die Linke)

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschlussempfehlung

1. Die vorliegende Schulentwicklungsplanung (SEP) wird zur Kenntnis genommen und dient als Grundlage für die weitere Entwicklung von Schulen und Schulstandorten der Stadt Monheim am Rhein.
2. Die aus der SEP hervorgehenden Problemstellungen werden durch die Verwaltung in folgender Priorität geprüft:
 - a) Schulzentrum am Berliner Ring (Sekundarschule und Otto-Hahn-Gymnasium)
 - b) Schulzentrum Lotten-/Krischerstraße (Gemeinschaftsgrundschule Astrid-Lindgren-Schule und katholische Grundschule Lottenschule)
 - c) Gemeinschaftsgrundschule Armin-Maiwald-Schule
 - d) Peter-Ustinov-Gesamtschule
 - e) Gemeinschaftsgrundschule Hermann-Gmeiner-Schule
 - f) Gemeinschaftsgrundschule Schule am Lerchenweg und katholische Grundschule Winrich-von-Kniprode-Schule

Die Verwaltung wird beauftragt, den Umfang der jeweils notwendigen Maßnahmen auf Basis der SEP zu konkretisieren, hieraus einen Planungsauftrag abzuleiten, den hierfür notwendigen Finanzbedarf zu kalkulieren und das Ergebnis dem Rat der Stadt Monheim am Rhein zur jeweiligen Beschlussfassung vorzulegen.

3. Die SEP macht deutlich, dass bereits jetzt räumliche und funktionale Defizite gegeben sind. Für die dringendsten Bedarfe werden daher kurzfristig Kompensationsmöglichkeiten (temporäre Klassen in Modulbauweise, Umbauten im Bestand, Optimierung der Ausstattung etc.) geprüft. Die Verwaltung wird beauftragt, den Umfang der notwendigen Maßnahmen zu konkretisieren, hieraus einen Planungsauftrag abzuleiten, den hierfür notwendigen Finanzbedarf zu kalkulieren und das Ergebnis dem Rat der Stadt Monheim am Rhein zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Für die Umsetzung der aus der SEP resultierenden Baumaßnahmen werden in einem Nachtrag zum Stellenplan im Bereich 71 drei zusätzliche Vollzeitstellen ausgewiesen, wovon eine Stelle auf fünf Jahre befristet werden soll und die anderen beiden Stellen auf unbestimmte Zeit besetzt werden sollen.

einstimmig zugestimmt

5 Folgerungen aus der Kindergartenbedarfsplanung Vorlage: IX/0320

Protokoll:

Ratsherr Nagy meldet Ausschließungsgründe an und nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Wie bei der Diskussion des vorhergehenden Tagesordnungspunktes abgestimmt, wird der Antrag der CDU-Fraktion in Bezug auf die Kindertageseinrichtungen beraten.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass das Online-Anmeldeverfahren nicht funktioniere. Es gebe technische Probleme, die behoben werden müssten. Derzeit werde daher manuell ermittelt, wie viele Kinder auf Wartelisten eingetragen seien.

Aufgrund der aus den Einwohnermeldedaten ermittelten Daten, sei sichergestellt,

dass ausreichend Plätze vorhanden seien, so der Bürgermeister. Im Hinblick auf Anmeldung ortsfremder Kinder aus wirtschaftlichen Aspekten gebe es zukünftig ein Korrektiv. Es werde zukünftig die Möglichkeit geben, mit den Heimatkommunen ortsfremder Kinder eine Kostenerstattung vorzunehmen. Die zur Kostenerstattung herangezogene Kommune könne wiederum den Eltern der Kinder aufgrund ihrer bestehenden Satzung Gebühren auferlegen. Damit entfalle der Anreiz, Kinder in Monheimer Kindertagesstätten unterzubringen, weil diese hier kostenlos angeboten würden. Sofern Monheimer Kinder einen auswärtigen Kindergarten besuchen würden, könnten diese seitens der Verwaltung nicht zu einem Beitrag herangezogen werden, da hierfür keine Rechtsgrundlage in Form einer Satzung existiere.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass Ziffer 1 des Antrages hier sehr sinnvoll sei, da nach den soeben gemachten Ausführungen, die Zahlen mangelhaft seien.

Das sei so nicht richtig, erwidert der Bürgermeister. Die Anzahl der kindergartenfähigen Kinder sei anhand der Einwohnermeldedaten ermittelt worden und richtig. Lediglich sei derzeit nicht feststellbar, welches Kind in welcher Kindertagesstätte angemeldet bzw. auf der dortigen Warteliste eingetragen sei. Hier lägen häufig doppelte Anmeldungen vor, weil die Eltern, wenn sie einen Platz erhalten hätten, ihre Kinder nicht von den Wartelisten der anderen Einrichtungen abmelden würden.

Ziffer 2 des Antrages sei zunächst nicht mehr relevant, da zunächst die Entwicklung hinsichtlich der Anmeldung auswärtiger Kinder aufgrund der dargestellten Gesetzesänderung abzuwarten sei, teilt der Sprecher der CDU-Fraktion mit.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstütze grundsätzlich den Vorschlag der Verwaltung, erklärt deren Sprecher. Wünschenswert wäre, die Kindertageseinrichtung auf der Fläche der Stellplätze zu errichten, um dadurch mehr Grünfläche zu erhalten. Es sei zumutbar, die kurze Strecke zur Einrichtung zu Fuß zurück zu legen. Diese Lösung sei aus ökologischer und städtebaulicher Sicht zu bevorzugen. Für jede Gruppe ein eigenes Haus zu errichten sei ebenfalls aus ökologischer und energetischer Sicht abzulehnen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion bittet um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Lässt der Flächennutzungsplan die Kindergartenbebauung zu?
2. Gibt es Bauträger für die umschließende Bebauung?

Die Verwaltung erklärt:

1. Das Bauvolumen lasse ein vereinfachtes Verfahren zu. Dies setze eine Berichtigung des Flächennutzungsplans voraus, die bei der Bezirksregierung anzuzeigen sei.
2. Bauträger für das umliegende Gebiet gebe es derzeit nicht.

Der Sprecher der SPD-Fraktion beantragt, den Beschlussvorschlag zu Ziffer 1 dahingehend zu erweitern, dass das vorhandene Wäldchen bei der konzeptionellen Ausrichtung einbezogen werde.

Der Bürgermeister erklärt, dass jeder Baum, der erhalten bleiben könne, auch erhalten bleibe. Das Wäldchen solle in das Außengelände einbezogen werden. Sofern der Antrag darauf abziele, das Wäldchen außerhalb des Grundstücks zu

erhalten, so sei dies nicht Bestandteil der Tagesordnung.

Im Hinblick auf die seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gewünschte Errichtung der Kindertagesstätte auf den derzeitigen Parkflächen sei der zurückzulegende Weg zum Eingangsbereich zwar zumutbar, aber nicht realistisch, so die Sprecherin der PETO-Fraktion. Das Verhalten der Eltern werde durch Anhalten am Kreisverkehr und an der Bushaltestelle zu Verkehrsbeeinträchtigungen führen.

Dem Beschlussvorschlag werde seitens der CDU-Fraktion zugestimmt, erklärt deren Sprecher. Hinsichtlich des Flächennutzungsplans seien nähere Informationen wünschenswert.

Es handele sich um ein Bauleitverfahren gem. § 13a Baugesetzbuch, erläutere die Verwaltung. Dies bedeute, dass die Regionalplanungsbehörde im Verfahren beteiligt werden müsse. Probleme seien nicht zu erwarten.

Der Sprecher der SPD-Fraktion beantragt, Ziffer 1 des Beschlussvorschlags separat zur Abstimmung zu stellen, da seine Fraktion nach wie vor Alternativen zum in Rede stehenden Standort sehe.

Der Bürgermeister stellt Ziffer 1 des Beschlussvorschlags zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung

1. Im Berliner Viertel soll auf dem Grundstück an der Kurt-Schumacher-Straße neben dem Allwetterbad (Flurstücke 1949 / 1952) der Neubau einer Kindertagesstätte errichtet werden.

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 1 SPD, enthalten: 1 Die Linke)

Der Bürgermeister stellt Ziffer 2 bis 5 des Beschlussvorschlags zur Abstimmung:

2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des vorgelegten Ideenkonzeptes die Entwurfsplanung zu erstellen und den Ratsgremien zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.
3. Der Budgetrahmen für die Maßnahme wird auf 3.300.000,- € festgelegt. Die Mittelbereitstellung erfolgt im Rahmen eines Nachtrags zum Haushalt 2015.
4. Die Verwaltung wird beauftragt die Trägerschaft der neuen Kindertagesstätte an der Kurt-Schumacher-Straße zu prüfen und einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.
5. Im Nachtragshaushalt wird der strukturellen Veränderungen in der Abteilung (51/3) – Kindertagesstätten und Kindertagespflege – Rechnung getragen und eine Stelle für eine Abteilungsleitung berücksichtigt.

einstimmig zugestimmt

6 Abschluss einer neuen Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Rattenbekämpfung mit dem Kreis Mettmann ab dem 01.01.2016 Vorlage: IX/0309

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird ermächtigt, die ab dem 01.01.2016 geltende Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis Mettmann zur Durchführung der Ratten-

bekämpfung im Kreis Mettmann abzuschließen. (Anlage 2)

einstimmig zugestimmt

**7 Gesellschaftsvertrag der Bildung³ gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein
Vorlage: IX/0351**

Protokoll:

Der Bürgermeister erklärt, dass der Gesellschaftsvertrag der Bildung³ gemeinnützige GmbH geringfügig geändert worden sei. Diese Änderungen seien inhaltlich von dem Ratsbeschluss gedeckt, so dass eine erneute Beschlussfassung entbehrlich gewesen sei.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den geänderten Gesellschaftsvertrag zur Kenntnis.

8 Mündliche Mitteilungen

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

9 Mündliche Anfragen

9.1 Parkplatz des ehemaligen Krankenhauses

Protokoll:

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion sollte der ehemalige Krankenhausparkplatz an der Alten Schulstraße für die Öffentlichkeit geöffnet werden, erklärt Ratsherr Schumacher. Hier sei von Interesse, wie der derzeitige Sachstand sei.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Parkplatz nicht verkehrssicher und daher nicht nutzbar sei.

9.2 Grünstreifen an der Grazer Straße

Protokoll:

Ratsherr Gronauer bezieht sich auf den Grünstreifen rückwärtig des SB-Marktes im Ortsteil Baumberg. Der Bebauungsplanung entsprechend sei dort Grün angepflanzt worden. Jedoch erfolge hier keine Bewirtschaftung und Pflege. Es sei wünschenswert, mit dem Betreiber und Grundstückseigentümer in den Dialog einzutreten, um hier Abhilfe zu schaffen.

Der Bürgermeister sichert zu, dem Thema nachzugehen.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Anke Bitsch
Schriftführerin